

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Die Katholiken und die Sozialpolitik

Die neue Ordnung, eine der maßgeblichen katholischen Zeitschriften, die sich bemüht, eine moderne Gesellschaftspolitik im Geiste der katholischen Soziallehre zu Wort kommen zu lassen, veröffentlicht laufend Beiträge zu grundsätzlichen und Detailfragen der Sozialpolitik. (Wir möchten wegen der ausgezeichneten Darstellung auf einen Beitrag in einer früheren Ausgabe der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift verweisen; in Heft 5/60 gab Dr. *Hermann Sehnaas* einen Überblick über „Erwerbstätigkeit der Frau“.)

Vor einiger Zeit haben sich katholische Sozialpolitiker, darunter auch der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Theodor Blank*, bemüht, nachzuweisen, daß die katholischen Einflüsse auf die deutsche Sozialgesetzgebung bei weitem bedeutender seien als allgemein angenommen. Dr. *Albrecht Beckel* befaßt sich nun in Nr. 1/61 ebenfalls mit dem „Anteil der Katholiken an der Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung“. „Man ver-

mutet häufig“, so schreibt Beckel, „alle Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung sei Ergebnis sozialistischer Rührigkeit, während in Wirklichkeit die Fundamente der heutigen Gesetzgebung in Auseinandersetzung zwischen Bismarck und dem Zentrum in der Zeit gelegt worden sind, in der Bismarck durch sein Sozialistengesetz die deutschen Sozialdemokraten als Gruppe aus der Gesetzgebung ausgeschaltet hatte.“ Dieser legalistische Nachweis für den Primat der Katholiken in der deutschen Sozialgesetzgebung dürfte kaum überzeugen, auch nicht das Argument, daß der Katholizismus dem „aufkommenden Kapitalismus nicht die Führer, sondern die Arbeitskräfte stellt. Von den sozialen Folgen der neuen Wirtschaftsmethoden wird darum gerade der katholische Volksteil am stärksten getroffen“. Die Frage drängt sich auf, ob nicht die Arbeiter, die sich in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften politische Organisationen schufen, die Aktivität Bismarcks und des Zentrums erzwungen haben.

Die gleiche Verständnislosigkeit zeigt die Behauptung, daß Dr. *Heinrich Brauns*' (Katholik und Zentrumspolitiker, 1920 - 1928 Reichsarbeitsminister der Weimarer Republik)

„größte politische Leistung ... die Durchsetzung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung noch im Jahre 1927 sein (dürfte)“. Es sollte bekannt sein, daß nur aus gesetzlichen Gründen der Organisationsplan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht von der damals nicht an der Regierung beteiligten Sozialdemokratie, sondern als Antrag der Regierungsparteien von dem Abgeordneten des Zentrums *Esser* im Reichstag eingebracht wurde. Leider wird durch diese Ungenauigkeiten das wirkliche Verdienst der Katholiken — die Anerkennung der Notwendigkeit staatlicher Sozialgesetzgebung und die Aufgeschlossenheit des Zentrums als parlamentarischem Verfechter dieses Gedankens für Vorschläge aller Richtungen, die zu einer modernen Sozialpolitik vorgebracht wurden — allzuleicht übersehen.

Göttliches Recht auf Heimat?

Eine interessante und wertvolle Ergänzung zu dem Aufsatz „Heimat“ von *Paul Schallück* (in diesem Heft der GM) und zu der Untersuchung von *Helmut Lindemann* („Wie steht es mit dem deutschen Revanchismus?“, Juliheft 1961 der GM), bietet eine umfangreiche Abhandlung in der Darmstädter Zeitschrift *Stimme der Gemeinde* (10/1961). *Walter Dignath* behandelt sehr eingehend die Frage: „Gibt es ein göttliches Recht auf Heimat?“. Nach vielen wohlabgewogenen juristischen, politischen und ethischen Einzelargumenten kommt der Verfasser zu dem Schluß:

„Es gibt ein göttliches Recht auf Heimat. Aber es will und kann nur auf dem Wege der Mitmenschlichkeit und Barmherzigkeit verwirklicht werden. Wird dieses göttliche Recht jedoch zum Vorspann politischer Ansprüche gemacht, so wird es schon mißbraucht. Nicht nur dadurch, daß es zu einem Appell gemacht wird, den die NichtChristen gar nicht verstehen können, sondern erst recht dadurch, daß die Christen selber den Namen Gottes für etwas ins Feld führen, wofür sie nun wirklich keine göttliche Verheißung haben.“

Hinweise

„Gedanken zu einer modernen Sozialpolitik“ stellt Dr. *Hans Hinrich Flöter* im Mai/Juni-Heft der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* zur Diskussion. Er faßt seine Gedanken in einer Reihe von Forderungen zusammen, die nach seiner Ansicht rasch realisiert werden können und müssen. Insbesondere verlangt Flöter die Bildung eines „wissenschaftlichen Führungsstabes“, der in völliger Unabhängigkeit Vorschläge zu einer „sozialen Vitalpolitik“ ausarbeiten soll. Im besonderen seien Sofortmaßnahmen auf den Gebieten der Alterspolitik, der Arbeitspolitik, der Schulpolitik, der Städtebaupolitik und der Sport-

politik notwendig. Aber auch die Büroarbeit muß nach Flöters Vorschlägen arbeitswissenschaftlich erforscht werden, um die immer größere Zahl der dort tätigen abhängigen Arbeitnehmer vor schweren Gesundheitsschädigungen zu schützen. Schließlich müsse auch die Gesundheitslage des Landvolkes durch die Erarbeitung einer „sozialvitalen Agrarpolitik“ verbessert werden.

Der *ÖTV-Vertrauensmann* hat anläßlich des 4. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Berlin sein Juliheft als Sonderheft über „Die öffentliche Wirtschaft Berlins“ herausgebracht. Nach einem einleitenden Aufsatz des ideenreichen ÖTV-Redakteurs *H. E. R. Vater* schreiben eine lange Reihe von speziellen Sachkennern über die Eigenbetriebe, den Luftverkehr, die Flugsicherung, das Gesundheitswesen, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Stadtreinigung, die Stromversorgung, die Gasversorgung, die Hafen- und Lagerhausbetriebe, die Feuerwehr, den Vieh- und Schlachthof, die Markthallen, das Ausstellungswesen, die Berliner Fremdenverkehrswerbung Berlins — zum Teil mit interessanten Vergleichen zwischen dem früheren und dem heutigen Berlin.

Die von der Hoesch AG herausgegebene, von *Johannes Hoischen* sehr lebendig redigierte und stets gut illustrierte Zeitschrift *Werk und Wir* legt ein sehr reichhaltiges Doppelheft (5/6) vor, in dem unter dem Motto „Wir lernen weiter“ über eine große Reihe von Einrichtungen der Erwachsenenbildung berichtet wird: so über Volkshochschule, Abendgymnasium, Sozialakademie in Dortmund, über die Bundesschulen des DGB, die DAG-Schule Dortmund, die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft, die Akademie für Gemeinwirtschaft, die Akademie der Arbeit, die Kommende, die Evangelische Akademie der Arbeit, die Friedrich-Ebert-Stiftung und eine ganze Anzahl weiterer Institutionen. Eine sehr gut informierende Übersicht!

Die unter dem Titel *Die Mitarbeit* im 10. Jahrgang erscheinenden „Evangelischen Monatshefte zur Gesellschaftspolitik“ behandeln in ihrem Juniheft das Thema Familie in einer großen Reihe von Aufsätzen unter den verschiedensten Aspekten: Familienpolitik, Großstadtfamilie, soziale Probleme, Familie im Bundessozialhilfegesetz, Familienerholung, Eheseminare, Familiensituation in der DDR u. a. m.

Die *Schweizer Monatshefte* (Zürich) legen als Juliheft eine 150 Seiten starke Sondernummer „Afrika im Umbruch“ vor, in der in fünfzehn Einzelarbeiten von unterschiedlichem Wert aktuelle Afrikaprobleme, wie Apartheid, Kommunismus in Afrika, Zukunft der Demokratie in Afrika, behandelt werden.

W.F.